Empfehlungen
zur Errichtung von Fachhochschulen
in Berlin-Ost und Mittweida (Sachsen)

vom Januar 1991

Inhalt

	Seite
Vorbemerkung	6
Einleitung	7
I. Fachhochschule Mittweida	13
1. Ausgangslage	13
2. Stellungnahme	16
3. Zusammenfassende Empfehlungen	18
II. Fachhochschule Berlin-Ost	20
1. Ausgangslage	20
2. Stellungnahme	24
3. Zusammenfassende Empfehlungen	28

Vorbemerkung

Das Hochschulsystem der ehemaligen DDR kannte keine „Fachhochschulen". Dieser Hochschultyp findet auch in den dortigen Spezialhochschulen und Ingenieurhochschulen/Technischen Hochschulen kein direktes Äquivalent, weil insbesondere deren Personalstruktur und Studienkonzepte von denjenigen westdeutscher Fachhochschulen zum Teil deutlich abweichen. Die Schaffung eines einheitlichen Hochschulwesens im vereinten Deutschland durch die Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern bringt daher – sofern sie durch eine Umwandlung bestehender Bildungseinrichtungen erfolgt – erhebliche Kompatibilitätsprobleme mit sich.

Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft der ehemaligen DDR hat nach Beratung durch eine Arbeitsgruppe Fachhochschulen, der auch westdeutsche Sachverständige angehörten, im Juli 1990 die bisherigen Ingenieurhochschulen Berlin-Lichtenberg und Mittweida (Sachsen) als Modellvorhaben für den Aufbau staatlicher Fachhochschulen in den neuen Bundesländern ausgewählt.

Die Ingenieurhochschule Berlin-Lichtenberg hat zusammen mit der Ingenieurschule für Bauwesen in Berlin die Umwandlung in eine Fachhochschule beantragt und bereits zum Studienjahr 1990/91 mit der Fachhochschulausbildung begonnen.

Die Ingenieurhochschule Mittweida hat zusammen mit der Ingenieurschule für Walzwerk- und Hüttentechnik in Riesa und der Ingenieurschule für Schwermaschinenbau in Roßwein eine „Konzeption zum Fachhochschulausbau im Gebiet Mittweida, Riesa und Roßwein" („Hochschule für Technik") vorgelegt. Die Aufnahme der Ausbildung in einzelnen Fachhochschulstudiengängen ist dort zum 1. Februar 1991, spätestens zum 1. September 1991 geplant.

Eine Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates hat am 3. und 4. Oktober 1990 die Ingenieurhochschule Berlin-Lichtenberg sowie die Ingenieurschule für Bauwesen in Berlin, am 5. November 1990 die Ingenieurhochschule Mittweida sowie die Ingenieurschule in Roßwein und am 10. Dezember 1990 die ehemalige Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg (seit Oktober 1990 Fakultät für Land- und Kommunaltechnik der Humboldt-Universität) besucht. In Berlin und Mittweida sind bereits weitgehende Vorarbeiten für den Aufbau einer Fachhochschule geleistet worden, und die zuständigen Landesregierungen haben ihr nachdrückliches Interesse an einer raschen Weichenstellung für einen Ausbau dieser Hoch- und Ingenieurschulen zu Fachhochschulen bekundet.

Aus diesen Gründen nimmt der Wissenschaftsrat hiermit bereits jetzt zu den Fachhochschulplanungen an diesen beiden Standorten Stellung. Diese Vorab-Empfehlungen sollen in eine noch zu erarbeitende Gesamtempfehlung für die Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern eingehen, in welcher einige der hier getroffenen Annahmen präzisiert und gegebenenfalls korrigiert werden müssen.

Diese Empfehlungen wurden von einer Arbeitsgruppe vorbereitet, der auch Sachverständige angehörten, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu Dank verpflichtet. Der Wissenschaftsrat hat die Empfehlungen am 25. Januar 1991 verabschiedet.

Einleitung

Für die Entwicklung einer differenzierten Hochschullandschaft in den neuen Ländern hat die Errichtung leistungsfähiger Fachhochschulen als eigenständiger Hochschultyp mit Schwerpunkt in der Lehre und mit Studiengängen, die in Inhalten und Ausbildungszielen an Anforderungen der Berufspraxis orientiert und straff organisiert sind, hohe Priorität. Im Kontext des sich dort abzeichnenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels kommt diesem Hochschultyp nicht zuletzt wegen seiner Ausrichtung an den Bedürfnissen der Region eine besondere Bedeutung zu. Zur Unterstützung des notwendigen ökonomisch-technischen Strukturwandels ist dabei eine rasche Befriedigung des Bedarfs an hochqualifizierten, praxisorientiert ausgebildeten Arbeitskräften vor allem in den Bereichen Ingenieurwesen, anwendungsbezogene Informatik und Betriebswirtschaft vordringlich. Nicht nur in den alten, sondern auch und gerade in den neuen Bundesländern werden Absolventen dieser Studienrichtungen auch auf längere Sicht gute Arbeitsmarktchancen antreffen.

Für die Hochschulentwicklungsplanung sind Vorstellungen von den mittel- und längerfristig anzustrebenden Größenordnungen für die Kapazität der Hochschulen in den neuen Ländern und ihre Aufteilung auf Fächer und Hochschultypen notwendig. Angesichts des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs in den neuen Ländern und wegen der notwendigen Umstrukturierung weiter Teile des Hochschulsystems können – mehr noch, als es sonst der Fall ist – dafür derzeit jedoch nur vorläufige Vorstellungen formuliert werden. Quantifizierungen sind daher als Näherungswerte zu verstehen, die im Laufe der Zeit einer Überarbeitung im Licht der tatsächlich eingetretenen Entwicklung und einer Neufestlegung bedürfen. Bei einer Orientierung an den Verhältnissen in den alten Ländern gelangt man je nach Berechnungsweise zu einem vorläufigen Gesamtbedarf von ca. 52 000 bis 63 000 Studienplätzen für den Fachhochschulsektor in den neuen Ländern. Diese vorläufige Größenordnung ist freilich nur als untere Grenze für den Fachhochschulsektor anzusehen, die sich am bisherigen Anteil der Fachhochschulen am Hochschulsystem der Bundesrepublik orientiert, ihren zu erwartenden Ausbau jedoch nicht berücksichtigt. Dennoch kann sie als Orientierungswert für die Hochschulpolitik in den neuen Ländern dienen.

Folgende Kalkulationen führen zu den vorläufigen Orientierungswerten:

a) An den Hochschulen in der ehemaligen DDR nahmen im Studienjahr 1989/90 etwa 30 000 Studierende ein Studium auf, was einer Studierquote von 13 % der 18- bis unter 22jährigen deutschen Wohnbevölkerung entspricht. Bei einer zu erwartenden Angleichung der Studierquote an diejenige in den westlichen Bundesländern ist mittelfristig mit einer Verdoppelung der Studienanfängerzahlen auf dann 60 000 pro Jahr zu rechnen. In den alten Ländern begannen in den letzten Jahren knapp 30 % der Studienanfänger ein Fachhochschulstudium. Eine Steigerung dieses Anteils ist hochschulpolitisch erwünscht und würde sich auch dann ergeben, wenn die Fachhochschulen entsprechend den Vorstellungen des Wissenschaftsrates kräftig ausgebaut werden. Kalkuliert man auch für die neuen Länder einen Anteil von 30 %, wäre dort mit etwa 18 000 Studienanfängern an Fachhochschulen pro Jahr zu rechnen, für die insgesamt 63 000 Studienplätze (Studienanfängerzahl x 3,5) vorzuhalten wären.

b) Der Wissenschaftsrat hat für die alten Länder einen möglichst raschen Ausbau der Fachhochschulen auf 200 000 flächenbezogene Studienplätze empfohlen. Für die neuen Länder (einschließlich Berlin-Ost) ergibt sich danach entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil ein mittelfristiges Ausbauziel von 52 000 Studienplätzen.

Für die neuen Länder folgt aus den beiden oben genannten Varianten folgende Bandbreite für vorläufige Orientierungswerte für den Ausbau der Fachhochschulen:

Verteilung der Fachhochschulstudienplätze auf Länder nach Bevölkerungspotentialen

Land	Variante a	Variante b
Berlin-Ost	5 400	4 400
Brandenburg	9 900	8 200
Mecklenburg-Vorpommern	7 200	6 000
Sachsen	18 700	15 400
Sachsen-Anhalt	11 500	9 500
Thüringen	10 300	8 500
Insgesamt	63 000	52 000

Ausgehend von der fachspezifischen Studiennachfrage deutscher Studienanfänger an Fachhochschulen in den elf alten Ländern im Wintersemester 1988/89 ergäbe sich für eine mittlere Variante von 60 000 Studienplätzen in den neuen Ländern folgende Verteilung auf die wichtigsten Fächergruppen:

Ingenieurwissenschaften	(52,6 %) : 31 500
Wirtschaftswissenschaften/ Wirtschaftsingenieurwesen	(19,3 %) : 11 600

Sozialwesen	(11,8 %) :	7 000
Informatik/Naturwissenschaften	(7,6 %) :	4 600
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	(4,0 %) :	2 400
Kunst/Gestaltung	(3,0 %) :	1 800
Sprach- und Kulturwissenschaften	(1,7 %) :	1 100

Eine Konkretisierung dieser Orientierungswerte, insbesondere deren Aufteilung auf die einzelnen Länder und Fachhochschulstandorte, muß der Gesamtempfehlung zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern vorbehalten bleiben.

Bei diesen nur näherungsweise durchführbaren Kalkulationen wurde nicht berücksichtigt, daß entsprechend den Trends in der Studiennachfrage der Anteil der Fachhochschulausbildung in einigen Fächergruppen, insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften, in Informatik/Naturwissenschaften, aber auch in Sprach- und Kulturwissenschaften in den nächsten Jahren möglicherweise zunehmen wird und nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom 16. November 1990 auch zunehmen soll.

Ein besonderes Problem stellt sich bei der Anpassung der Ingenieurausbildung in den neuen Ländern an die in der alten Bundesrepublik gewachsenen Strukturen. An den Hochschulen (Universitäten, Technischen Hochschulen, Ingenieurhochschulen) der ehemaligen DDR entfiel 1988 ein wesentlich größerer Anteil der Neuzulassungen (33,5 %) auf „Technische Wissenschaften" als auf „Ingenieurwissenschaften" an den westdeutschen Universitäten (13,1 %). Aber dieses Bild ändert sich, wenn man die Fachhochschulen in den Vergleich einbezieht. In den alten Bundesländern entfielen 1988 31,2 % aller Hochschulabsolventen auf „Ingenieurwissenschaften" (15,6 % der Absolventen von Universitäten, 57,3 % der Absolventen von Fachhochschulen), in der ehemaligen DDR 32 % aller Absolventen eines Direktstudiums auf „Technische Wissenschaften". Insoweit besteht in den neuen Bundesländern rein quantitativ betrachtet in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern weder eine Überkapazität noch ein deutlicher Nachholbedarf. Unter Berücksichtigung der Relation der Bevölkerungszahlen (West : Ost = 100 : 26) wurden in den Hochschulen der ehemaligen DDR in einem nur geringfügig kleineren Umfang Ingenieure ausgebildet als an den Hochschulen (Universitäten und Fachhochschulen) in der alten Bundesrepublik (West : Ost = 100 : 20,5). Da an den westdeutschen Hochschulen mehr als 70 % dieser Absolventen auf Fachhochschulen entfielen, ergibt sich freilich die Notwendigkeit einer deutlichen Umstrukturierung ingenieurwissenschaftlicher Ausbildungskapazitäten in den neuen Bundesländern zugunsten des Hochschultyps Fachhochschule.

Die Hochschulentwicklungsplanung in den neuen Ländern sollte darauf ausgerichtet sein, innerhalb des aufgezeigten quantitativen Rahmens unter Ansehung der strukturellen Probleme und entsprechend den An-

forderungen der regionalen Wirtschaftsstruktur ein dezentrales Netz attraktiver neuer Fachhochschulen zu schaffen, die mit Fachhochschulen in den westlichen Ländern in Leistungsumfang und Ausbildungsqualität möglichst rasch konkurrieren können. Damit soll auch einer verstärkten Bildungswanderung nach Westen mit der Folge einer weiteren Überfüllung westdeutscher Fachhochschulen entgegengewirkt werden.

Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften bilden neben Sozialwesen und Design die wichtigsten Ausbildungsrichtungen westdeutscher Fachhochschulen. Daran wird sich auch der Aufbau von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern orientieren müssen. Dabei ist darauf zu achten, daß die neuen Fachhochschulen auch im Interesse der jeweiligen Regionen möglichst ein breites Fächerspektrum besitzen. Abgesehen von der Möglichkeit ganz neuer Gründungen wird eine Errichtung staatlicher Fachhochschulen in den östlichen Ländern aus dem Bestand folgender Einrichtungen diskutiert:

- vorhandene Hochschulen, insbesondere Ingenieurhochschulen, aus ihnen in den 70er und 80er Jahren hervorgegangene Technische Hochschulen und Spezialhochschulen,
- vorhandene Hochschulen unter Einbeziehung von am Standort oder in der Nähe gelegenen Fachschulkapazitäten,
- vorhandene leistungsfähige Fach- und Ingenieurschulen.

In allen diesen Fällen besteht allerdings das bereits angesprochene Kompatibilitätsproblem. Zu berücksichtigen sind dabei vor allem folgende Aspekte:

- Das zumeist differenzierte Fächerspektrum von Fachhochschulen ist in Lehre und angewandter Forschung sowie im Technologietransfer insbesondere auf die konkreten Belange der jeweiligen Region ausgerichtet. Fachhochschulstudiengänge sind auf breiten Grundlagen aufgebaut und qualifizieren für vielfältige berufliche Beschäftigungen. Die Spezialhochschulen und Ingenieurhochschulen/Technische Hochschulen, aber auch die Fachschulen und Ingenieurschulen waren hingegen bisher zumeist ohne konkreten Regionalbezug auf die Ausbildung für spezielle Berufe für das gesamte Gebiet der ehemaligen DDR ausgerichtet. Sie waren daher sowohl durch eine kleinere Fächerpalette als auch innerhalb der vertretenen Fachgebiete durch eine enge Spezialisierung geprägt.
- Die Lehre an den Technischen Hochschulen/Ingenieurhochschulen/Spezialhochschulen in der ehemaligen DDR wird deutlich stärker als an westdeutschen Hochschulen von auf Dauer beschäftigten wissenschaftlichen Assistenten und Oberassistenten getragen, die insbesondere hinsichtlich der Praxiserfahrungen häufig nicht die für eine Einstellung als Lehrpersonal an Fachhochschulen erforderlichen Voraussetzungen besitzen. Dozenten und Professoren verfügen dagegen zumeist über vergleichbare Qualifikationen. In den Fachschulen und Ingenieurschulen stellt sich die Situation allerdings anders dar, weil de-

ren Personalsituation mit der der Vorgängereinrichtungen der westdeutschen Fachhochschulen zur Zeit ihrer Gründung vor etwa 20 Jahren kaum zu vergleichen ist; insbesondere sind die für eine Einstellung als Fachhochschulprofessor erforderlichen Voraussetungen überwiegend nicht gegeben.

- Die Fachhochschulen haben insbesondere in den letzten zehn Jahren die Wahrnehmung von Forschungsaufgaben im Bereich von angewandter Forschung, Entwicklung und Technologietransfer erheblich ausgeweitet. Insofern besteht hier vielfach eine Vergleichbarkeit zur Forschung an den Ingenieurhochschulen und den aus ihnen in den 70er und 80er Jahren hervorgegangenen Technischen Hochschulen. Allerdings verfügen die Fachhochschulen im Gegensatz zu diesen Hochschulen nicht über eine personelle Grundausstattung an wissenschaftlichen Mitarbeitern. In einzelnen Teilgebieten geht auch die räumliche und apparative Ausstattung vor allem der aus Ingenieurhochschulen hervorgegangenen Technischen Hochschulen über die an manchen Fachhochschulen noch übliche Ausstattung hinaus. An Fachschulen und Ingenieurschulen gibt es dagegen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – keine den Fachhochschulen vergleichbaren Aktivitäten in Forschung und Entwicklung.

Die Entscheidung über eine Umwandlung bestehender Bildungseinrichtungen in Fachhochschulen neuen Typs setzt in jedem einzelnen Fall eine sorgfältige Prüfung und Bewertung ihres bisherigen wissenschaftlichen Profils und ihrer wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, des Zuschnitts und Umfangs der geplanten Studienangebote unter Ansehung des im Einzugsbereich zu erwartenden Qualifikationsbedarfs sowie der bisher vorhandenen personellen, materiellen und technischen Voraussetzungen für die Aufnahme des Lehrbetriebs in den neuen Studiengängen voraus.

Für eine Umwandlung in Fachhochschulen kommen nach Auffassung des Wissenschaftsrates in erster Linie bestehende Hochschulen in Frage. Wegen ihrer mit Fachhochschulen in den alten Bundesländern vergleichbaren Entstehungsgeschichte und hochschulpolitischen Zweckbestimmung sind dies vor allem die in den Jahren 1968/69, aber auch noch später aus Ingenieurschulen hervorgegangenen Ingenieurhochschulen. Der Mehrzahl der ehemals zwölf Ingenieurhochschulen wurde zwischenzeitlich der Status einer „Technischen Hochschule" verliehen.

Bei der Gründung von Fachhochschulen aus solchen Hochschulen gilt es allerdings, angemessene Übergangslösungen für eine Reihe von Problemen zu finden, die in dem bisherigen Status und in der bisherigen Arbeitsweise dieser Hochschulen begründet liegen. So besitzen alle diese Hochschulen in der Regel in den die Hochschule prägenden Fächern das Recht, Promotionen A und B zu vollziehen. Die Promotions- und Habilitationsverfahren werden vielfach unter maßgeblicher Beteiligung von Professoren benachbarter Universitäten und Technischer Hochschulen durchgeführt. Besitzt die Hochschule in einem Fach kein Promotions-

recht, promovieren die hier tätigen Doktoranden an einer benachbarten Universität oder Technischen Hochschule.

An allen diesen Hochschulen gibt es eine hierarchisch ausdifferenzierte Personalstruktur mit großen Beständen an Stellen für unbefristet und befristet beschäftigte wissenschaftliche Mitarbeiter, Assistenten und Oberassistenten, die in der Personalstruktur westdeutscher Fachhochschulen nicht vorgesehen sind. Forschungsarbeiten werden zu großen Teilen von solchen Mitarbeitern geleistet.

Auch das für die Ausbildung quantitativ nicht unbedeutende Fernstudium findet im westdeutschen Hochschulsystem keine Entsprechung, sollte aber nach Möglichkeit fortgeführt werden können.

Da es sich hier um allgemeine Probleme handelt, die mit der in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlichen Hochschulstruktur zusammenhängen und keine standortspezifischen Einzellösungen erlauben, wird der Wissenschaftsrat dazu in seiner Gesamtempfehlung zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern Stellung nehmen. Dabei wird es darauf ankommen, den Gegebenheiten angemessene Lösungen zu finden, die es den dort tätigen Wissenschaftlern erlauben, ihre Forschungsarbeiten fortzusetzen. Dabei ist z.B. an Kooperationen mit benachbarten Universitäten und Technischen Hochschulen (z.B. bei Promotionen), an Institute in und an Fachhochschulen und andere institutionelle Lösungen und materielle Voraussetzungen für die Wahrnehmung von Forschungs-, Entwicklungs- und Technologietransferaufgaben zu denken.

Nach Ausbildungsprofil, Zugangsregelungen, materieller Ausstattung und Qualifikation der Lehrkräfte sind die insgesamt etwa 95 Ingenieurschulen und 165 sonstigen Fachschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eindeutig dem sekundären Bildungsbereich (Berufsfachschulen, Technikerschulen, Akademien) zuzuordnen. Die Entwicklung neuer Fachhochschulen durch eine Umwandlung solcher Ingenieur- und Fachschulen beinhaltet die Gefahr, daß über eine längere Zeit hinweg gravierende Niveauunterschiede zwischen dem so entstandenen neuen und den bereits etablierten westdeutschen Fachhochschulen fortbestehen. Ein Zwei-Klassen-System von Fachhochschulen im geeinten Deutschland muß jedoch von vornherein ausgeschlossen werden.

Als Kern neuer Fachhochschulen sollten Ingenieur- und Fachschulen daher nur in gut begründeten Ausnahmefällen in Betracht gezogen werden, sofern dies unter regionalen Bedarfsgesichtspunkten als angemessen und in Ansehung ihrer bisherigen Ausrichtung, Leistungsfähigkeit und Ausstattung als vertretbar erscheint. Auch in solchen Fällen kommt allerdings eine bloße Überleitung der Einrichtungen in Fachhochschulen nicht in Frage. Vielmehr empfiehlt der Wissenschaftsrat, bei der Entwicklung von Fachhochschulen aus bestehenden Fach- oder Ingenieurschulen eine förmliche Neugründung mit der Konsequenz eines weitgehenden personellen Neuaufbaus vorzunehmen.

Da sich die Ingenieur- und Fachschulen aus den ausgeführten Gründen nicht dem Hochschulbereich zuordnen lassen, ist eine Nachdiplomierung von deren Absolventen nicht angemessen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher den neuen Ländern und dem Land Berlin, die rechtliche Grundlage für solche Nachdiplomierungen (§ 128a der Verordnung über Hochschulen der ehemaligen DDR vom 18. September 1990) abzuschaffen.

In den für eine Umwandlung oder Überführung in eine Fachhochschule in Frage kommenden Bildungseinrichtungen in der ehemaligen DDR fehlen aus naheliegenden Gründen in der Regel die personellen und fachlichen Voraussetzungen für eine angemessene Ausbildung in den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen. Eine Überführung vorhandener Hochschuleinrichtungen als Kern wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Fachbereiche an Fachhochschulen ist daher in der Regel auszuschließen. In diesen für die Entwicklung der fünf neuen Bundesländer wichtigen Ausbildungsbereichen wird somit ein weitgehender personeller Neuaufbau erforderlich.

Der Wissenschaftsrat geht davon aus, daß der Aufbau von Fachhochschulen in den neuen Ländern unter Berücksichtigung der von ihm am 16. November 1990 verabschiedeten Empfehlungen zur „Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren" und zur „Bildung von Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Berlin" erfolgen soll.

I. Fachhochschule Mittweida

I. 1. Ausgangslage

Das Land Sachsen umfaßt mit 4,8 Mio Einwohnern etwa 30% der Bevölkerung der neuen Länder. Mit seinen bisher 22 Hochschulen ist es das mit Abstand hochschulreichste neue Bundesland. 1989 entfielen auf die dortigen Hochschulen 42% (54210) aller im Direktstudium eingeschriebenen Studierenden im Gebiet der ehemaligen DDR (130456), aber 65% (32192) aller Studierenden an Technischen Universitäten, Technischen Hochschulen und Ingenieurhochschulen (49232). Die sächsischen Hochschulen bildeten etwa 57% der Ingenieure und etwa 48% der Ökonomen der ehemaligen DDR aus.

In diesen Zahlen kommt die Bedeutung Sachsens als wichtigstes Industrieland der ehemaligen DDR zum Ausdruck. Der nach der deutschen Einigung zu erwartende wirtschaftliche Strukturwandel wird die industrielle Prägung des Landes voraussichtlich kaum verändern. Für die Bewältigung des ökonomisch-technischen Strukturwandels besteht ein erheblicher Bedarf an qualifizierten Hochschulabsolventen in den modernen Ingenieurwissenschaften, in der Informatik und in den Wirtschaftswissenschaften.

Die Landesregierung beabsichtigt, unter Beachtung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Bevölkerungsdichte und des derzeit bestehenden landesinternen Ost-West-Gefälles in der wirtschaftlich-technischen Infrastruktur im Osten, Westen und in der Mitte des Landes, bis zu fünf neue Fachhochschulen in erster Linie aus bestehenden Hochschulen heraus zu gründen, darunter eine in Mittweida.

In Mittweida wurde das traditionsreiche Technikum 1947 in eine Ingenieurschule für Elektrotechnik und diese 1969 in eine Ingenieurhochschule umgewandelt. In den drei Sektionen „Informationselektronik", „Mathematik/Naturwissenschaften/Informatik" und „Technologie des Technischen Gerätebaus" wurden 1988 594 Direktstudierende in den drei Studiengängen Informationstechnik, Gerätetechnik und Mikroelektronik zu Ingenieuren ausgebildet. 1988 standen 129 Absolventen 189 Neuzulassungen gegenüber. Bei einem Personalbestand von insgesamt 594 Personen waren 1988 an der Ingenieurhochschule Mittweida 39 Hochschullehrer, davon 14 Professoren und 25 Dozenten, 36 befristet beschäftigte und 72 unbefristet beschäftigte wissenschaftliche Mitarbeiter sowie weitere 37 Lektoren und Lehrer tätig. Seit nunmehr neun Jahren und im Wege der Ausnahmegenehmigung bereits seit 1972 besitzt die Ingenieurhochschule Mittweida das Recht zur Verleihung des Dr.-Ing. in den Fachrichtungen Elektrotechnik und Elektronik.

Im September 1990 legte die Ingenieurhochschule zusammen mit den beiden Ingenieurschulen in Riesa und Roßwein eine Konzeption für die Errichtung einer gemeinsamen künftigen (Fach-)„Hochschule für Technik" vor.

An der Ingenieurschule für Walzwerk- und Hüttentechnik in Riesa waren 1988 534 Studierende im Direkt- und 743 im Fernstudium für eine Ingenieurausbildung in den Bereichen Produktionstechnik mit dem Schwerpunkt Metallurgie/Umformtechnik und Zerspanungstechnik eingeschrieben. Im Direktstudium zählte man 152 Absolventen. Bei einem Gesamtpersonalbestand von 181 Personen waren an dieser Ingenieurschule 1988 85 hauptamtliche Lehrkräfte tätig, die zumeist eine Hochschulausbildung absolviert hatten und zu etwa einem Fünftel promoviert waren.

An der Ingenieurschule für Schwermaschinenbau in Roßwein waren 1988 568 Studierende im Direkt- und 800 im Fernstudium für eine Ingenieurausbildung in den drei Fachrichtungen Förder- und Baumaschinen, Stahlbau sowie Schweißtechnik/Fertigungstechnik eingeschrieben. Im Direktstudium zählte man 181 Absolventen. Bei einem Gesamtpersonalbestand von 173 Personen waren an dieser Ingenieurschule 88 hauptamtliche Lehrkräfte tätig, die zumeist eine Hochschulausbildung absolviert hatten und zu etwa einem Fünftel promoviert waren.

Trotz erkennbarer und deutlich formulierter Probleme bei der rechtlichen und strukturellen Umgestaltung der bisherigen Ingenieurhoch-

schule Mittweida zu einer Fachhochschule wird das Fachhochschulkonzept von den Hochschulangehörigen im wesentlichen akzeptiert und unterstützt. Der Zuschnitt der im ursprünglichen Konzept vorgesehenen insgesamt 22 zumeist hochspezialisierten Studiengänge, für die bereits Studienpläne vorliegen, erfolgte entweder aufgrund bereits vorhandener Ausbildungsgänge und Arbeitsrichtungen oder mit dem Ziel einer möglichst kompletten Fächerstruktur:

1. BAUINGENIEURWESEN
1.1. Bauingenieurwesen
1.2. Metallbau

2. INFORMATIK
2.1. Angewandte Informatik

3. ELEKTROINGENIEURWESEN
3.1. Automatisierungstechnik
3.2. Elektronik-Produktionstechnik
3.3. Elektronik
3.4. Feinwerktechnik
3.5. Gerätetechnik
3.6. Kunststofftechnik
3.7. Mikroelektronik/Mikromechanik
3.8. Mikrosystemtechnik
3.9. Nachrichtentechnik
3.10. Physikalische Technik
3.11. Werkstofftechnik

4. MASCHINENINGENIEURWESEN
4.1. Maschinenbau/Fertigung
4.2. Maschinenbaukonstruktion
4.3. Produktionstechnik

5. MATHEMATIK
5.1. Ingenieurmathematik

6. SOZIALWESEN
6.1. Sozialarbeit

7. WIRTSCHAFTSINGENIEURWESEN
7.1. Wirtschaftsingenieur

8. WIRTSCHAFT
8.1. Betriebswirtschaft
8.2. Wirtschaftsinformatik

Diese 22 Studiengänge sollen an 12 auf die drei Standorte Mittweida, Riesa und Roßwein verteilten Fachbereichen angeboten werden. Weitere Planungen sehen mittelfristig die Einbeziehung der „Fachschule für

Angewandte Kunst" in Schneeberg als weitere Außenstelle vor. Danach sollen an den dann vier Standorten 13 Fachbereiche gebildet und 24 Studiengänge angeboten werden. Auf mittlere Sicht wird eine Kapazität von 4000 bis 5000 Studienplätzen angestrebt.

Nach Aussagen der antragstellenden Hochschule wäre für die in verschiedenen Stufen bis zum Jahre 1994 geplante Aufnahme des Studienbetriebs in diesen Ausbildungsrichtungen aufgrund der vorhandenen personellen und materiellen Voraussetzungen ein Start ohne wesentliche Ergänzungen nur in folgenden Bereichen möglich: Elektrotechnik, Elektronik, Nachrichtentechnik, Mikrosystemtechnik, Feinwerktechnik, Physikalische Technik, Werkstofftechnik, Informatik, Metallbau und eventuell Maschinenbau.

In den Studiengängen Automatisierungstechnik und Produktionstechnik könnte der Lehrbetrieb erst nach Neuberufungen in größerem Umfang und nach einer deutlichen Verstärkung der apparativen Grundausstattung beginnen. Ein fast vollständiger personeller und materieller Neuaufbau wäre in den Bereichen Bauingenieurwesen, Betriebswirtschaftslehre, Kunststofftechnik, Sozialwesen und Wirtschaftsingenieurwesen erforderlich.

I. 2. Stellungnahme

2.1. Unter grundsätzlicher Anerkennung eines erheblichen künftigen Bedarfs der Region Mittleres Sachsen an Absolventen ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge mit einem fachhochschultypischen anwendungsorientierten Ausbildungsprofil hält der Wissenschaftsrat den in der „Konzeption" für eine Fachhochschule Mittweida vorgesehenen Studiengangzuschnitt für nicht haltbar. Eine zu hohe Spezialisierung, wie sie in der ehemaligen DDR bei der Ausbildung für einzelne Industriezweige gepflegt worden ist, schmälert die Arbeitsmarktchancen der Absolventen. Insbesondere die mittelständische Industrie, der in Sachsen künftig wieder eine größere Bedeutung zukommen dürfte, hat kaum Bedarf an Fachkräften, die eng für hochspezialisierte, branchentypische Aufgaben ausgebildet werden. Gute Berufschancen haben statt dessen Ingenieure mit einer fachhochschultypischen Ausbildung, die aus einem breit angelegten Grundlagenstudium und einer problemorientierten Vertiefung besteht. Eine Zusammenfassung der ingenieurwissenschaftlichen Spezialgebiete in große grundständige Bereiche „Maschinenbau", „Elektrotechnik", „Bauingenieurwesen" trägt diesen Anforderungen Rechnung. Spezialisierungen können als Studienrichtungen oder -schwerpunkte den Studiengängen ein besonderes Profil verleihen.

2.2. Das bisherige Arbeitsprofil der Ingenieurhochschule Mittweida erlaubt in der Elektrotechnik, insbesondere in der Nachrichtentechnik, sowie in der Physikalischen Technik einen raschen Aufbau der Bereiche Elektrotechnik/Elektronik, Technische Informatik sowie

Physikalische Technik als dem ingenieurwissenschaftlichen Kern einer neuen Fachhochschule. Die vorhandenen Gebäude dürften nach Art und Umfang für eine erste Aufbaustufe ausreichen. Sie befinden sich allgemein in einem akzeptablen, die neue Mensa und Bibliothek in einem guten Zustand, der eine weitere Nutzung ohne größere Umbau- und Renovierungsarbeiten erlaubt. Die derzeit vorhandene Hauptfläche für Lehre und Forschung von 6200 m^2 (entspricht nicht direkt der Meßzahl „Hauptnutzfläche") erlaubt ein Angebot von ca. 600 flächenbezogenen Studienplätzen.[1]) Die apparative Grundausstattung ist in einigen hier bisher gepflegten Spezialbereichen (Lasertechnik, Gerätetechnik, Oberflächenphysik) als recht gut zu beurteilen. Neue Fachhochschulstudiengänge, die auf diesen Spezialgebieten aufbauen, finden eine für den Start akzeptable Geräteausstattung vor, so daß in diesen Fällen für eine Grundlagenausbildung nur geringe Ergänzungsbeschaffungen erforderlich sind. Für die Abrundung und Erweiterung der ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung werden allerdings größere Investitionen notwendig.

Zu der an der Ingenieurhochschule Mittweida auch betriebenen Produktion wissenschaftlicher Geräte nimmt der Wissenschaftsrat nicht Stellung. Hier handelt es sich nicht um eine hochschultypische Aufgabe, für die, wenn sie weiterhin betrieben werden soll, neue institutionelle Formen gefunden werden müssen.

Die bisher an der Ingenieurschule Roßwein gepflegten Arbeitsgebiete befinden sich auf einem vergleichsweise guten Fachschulniveau. Unbeschadet der fachlichen Qualifikation des vorhandenen Lehrpersonals und trotz beachtlicher Leistungen sowie einer hohen Motivation der Lehrkräfte reicht die hier angebotene hochspezialisierte Ausbildung als Keimzelle einer konkurrenzfähigen Fachhochschulausbildung im Maschinenbauwesen jedoch nicht aus. Um die dafür notwendigen Voraussetzungen zu gewährleisten, müßten in Roßwein bisher kaum vorhandene Grundlagenfächer (Mathematik, Physik, Informatik) ebenso wie die Fachgebiete Strömungslehre und Thermodynamik sowie einzelne fachliche Vertiefungsfelder neu etabliert werden. Hierfür sind beträchtliche Investitionen für Gebäude und Geräte erforderlich. Eine Reihe von Professorenstellen müßte neu geschaffen werden. Noch geringere Voraussetzungen ergeben sich im Bereich Bauingenieurwesen, in welchem mit der bisherigen Arbeitsrichtung Metallbau/Stahlbau nur überaus geringe Anknüpfungspunkte für die für eine Fachhochschulausbildung nötige Breite bestehen. Vor einer Entscheidung über die fast komplette Neugründung eines solchen Fachbereichs wäre zudem die Frage des regionalen Arbeitskräftebedarfs unter Ansehung der übrigen im Land Sachsen in diesem Bereich geplanten Ausbildungsangebote und Standorte zu prüfen.

1) Quelle: HIS: Baubestand der Hochschulen in der DDR, Mai 1990.

Der Wissenschaftsrat verzichtet auf eine Aussage zur Ingenieurschule Riesa, weil bereits die Entfernung von und nach Mittweida (55 km) zu groß ist, um den Standort Riesa als Außenstelle einer Fachhochschule Mittweida mit teils eigenständigen, teils in enger Zusammenarbeit mit der Hauptstelle zu realisierenden Studienangeboten auszubauen. Dasselbe gilt für die „Fachschule für angewandte Kunst" in Schneeberg, deren 20 Lehrkräfte und 73 Studierende sich zudem noch auf die beiden Standorte Schneeberg und Markneukirchen (60 bzw. 100 km von und nach Mittweida) verteilen.

Für eine Ausbildung in den vorgesehenen Fachbereichen Wirtschaftswissenschaften und Sozialwesen fehlen bislang die materiellen und fachlichen Voraussetzungen.

2.3. Für eine Integration der bisher getrennten Bildungseinrichtungen besteht nach Lage der Dinge kein zwingender oder überzeugender Grund. Das, was die beiden Ingenieurschulen Riesa und Roßwein – und darüber hinaus gegebenenfalls die Fachschule Schneeberg – an fachlichem Profil und materiellen Voraussetzungen in eine neue Fachhochschule einbringen könnten, reicht nicht aus, um ohne den Einsatz erheblicher Mittel eine vernünftige Abrundung ihres Studienangebots und eine Ausbildung auf Fachhochschulniveau zu ermöglichen. Synergieeffekte sind von einer solchen Integration schon angesichts der weiten Entfernungen zwischen den verschiedenen Standorten (Mittweida-Roßwein 30 km, Mittweida-Riesa 55 km, Mittweida-Schneeberg 60 km) nach Ansicht des Wissenschaftsrates nicht zu erwarten. Unter fachlichen Gesichtspunkten ist eine räumliche Trennung der Studienangebote Elektrotechnik und Maschinenbau nicht vertretbar und sollte daher vermieden werden. Auch unter Kostengesichtspunkten wäre der Aufbau eines leistungsfähigen Fachbereichs Maschinenbau in Roßwein und/oder Riesa kaum günstiger als ein Neuaufbau in Mittweida, denn die zusätzlichen Aufwendungen für eine Versorgung der in Mittweida vorhandenen Grundlagenfächer in diesen beiden Außenstellen müßten ebenfalls berücksichtigt werden.

I. 3. Zusammenfassende Empfehlungen

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, am Standort Mittweida aus dem Bestand der jetzigen Ingenieurhochschule eine neue Fachhochschule zu errichten. Ihr Aufbau soll dabei unter Berücksichtigung der „Empfehlungen zur Bildung von Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Berlin" vom 16. November 1990 erfolgen.

Das fachliche Profil und die Studienangebote dieser ersten sächsischen Fachhochschule sollten sich vorrangig an technologisch-ökonomischen Erfordernissen und am Bedarf der Region an hochqualifizierten Arbeitskräften mit modernen ingenieurwissenschaftlichen, informationstechni-

schen und wirtschaftswissenschaftlichen Qualifikationen orientieren. Das Leistungsspektrum der Fachhochschule „Mittelsachsen" sollte danach auf mittlere Sicht fünf Fachbereiche umfassen: Elektrotechnik/ Elektronik, Informationstechnik, Physikalische Technik, Maschinenbau und Wirtschaft. Weitere Fachrichtungen müssen einem eventuellen späteren Ausbau vorbehalten bleiben.

Für den Aufbau empfiehlt der Wissenschaftsrat ein zeitlich gestaffeltes zweistufiges Vorgehen: In einer *ersten Aufbaustufe* sollten bei einem schnellen Start aus den erkennbaren Stärken der bisherigen Ingenieurhochschule Mittweida Studienangebote in Elektrotechnik, Informationstechnik und Physikalischer Technik etabliert werden. Dabei wird die genaue Studiengangstruktur mit dem Ziel einer notwendigen Verbreiterung der bisher vorgesehenen Studienangebote zu überarbeiten sein. Das an der Ingenieurhochschule vorhandene Potential in der Nachrichtentechnik, Regelungstechnik, Informationsverarbeitung und Oberflächenphysik bietet hinreichende Voraussetzungen für den zügigen Ausbau eines solchen leistungsfähigen ingenieurwissenschaftlichen Kerns der neuen Fachhochschule.

Ausgehend von den bisher in der Elektrotechnik verankerten Ansätzen sollte der Fachbereich Informationstechnik eine deutliche Ausrichtung auf Technische Informatik unter Einschluß gewisser Bereiche des Software-Engineering erhalten und die Grundlagenausbildung für alle technischen Studienrichtungen übernehmen. Die Etablierung einer Allgemeinen Informatik wird nicht befürwortet. Über eine gemeinsame Grundlagenausbildung hinaus sollte die fachspezifische Informatik-Ausbildung statt dessen in den einzelnen Fachbereichen erfolgen und durch dort anzusiedelndes Personal möglichst eng an die Ausbildung im Fach angeschlossen werden.

Mit der Fachhochschulausbildung in den für diese erste Ausbaustufe vorgesehenen Studiengängen kann in den vorhandenen Gebäuden und mit den vorhandenen Geräten bereits zum 1. September 1991 in der bisherigen Größenordnung der Neuaufnahmen begonnen werden. Eine Konkretisierung der in den einzelnen Fächern und Studiengängen vorzuhaltenden Studienplätze und Aufnahmekapazitäten nach Maßgabe einer Gesamtempfehlung des Wissenschaftsrates zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern soll der Hochschulstrukturkommission des Landes Sachsen überlassen bleiben.

Auf mittlere und längere Sicht wird dieses schmale Fächerspektrum allerdings nicht ausreichen, um den dringenden Qualifikations- sowie Forschungs- und Entwicklungsbedarf in der Region zu befriedigen. Eine konkurrenzfähige Fachhochschule Mittweida muß deshalb nach Ansicht des Wissenschaftsrates in einer *zweiten Aufbaustufe* um einen leistungsfähigen Fachbereich Maschinenbau als weiterem ingenieurwissenschaftlichen Kernfach sowie um einen Fachbereich Wirtschaft mit der Ausbildung von Betriebswirten und Wirtschaftsingenieuren ergänzt werden.

Für diese zweite Aufbaustufe fehlen bisher fast alle materiellen und personellen Voraussetzungen. In beiden Fachrichtungen wird somit eine komplette Neueinrichtung notwendig. Die bisher an den Ingenieurschulen Riesa und Roßwein vertretenen Ausbildungs- und Arbeitsrichtungen reichen als tragfähiger Kern für eine Fachhochschulausbildung nicht aus. Die Überführung dieser vom Ausbildungsstandard und von der Qualifikation der Lehrkräfte typischen Fachschulen in eine Hochschule würde darüber hinaus große strukturelle Probleme aufwerfen. Da für eine fachhochschuladäquate Ausbildung auch an diesen beiden Standorten in großem Umfang neues Lehrpersonal berufen und Sachmittelinvestitionen getätigt werden müßten, empfiehlt der Wissenschaftsrat, den Neuaufbau der Fachbereiche Maschinenbau und Wirtschaft am Standort Mittweida vorzunehmen. Nicht zuletzt die räumlichen Entfernungen zwischen Mittweida, Riesa und Roßwein lassen einen sehr kostenintensiven Ausbau von zwei Außenstellen der Fachhochschule Mittweida als nicht empfehlenswert erscheinen, zumal von dieser Lösungsvariante Synergieeffekte kaum zu erwarten sind.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, auf den in der „Konzeption" angemeldeten Aufbau des Bauingenieurwesens und des Sozialwesens als weitere Fachrichtungen und Teile der neuen Fachhochschule vorerst zu verzichten. Zwar gibt es in den neuen Ländern einen unbestreitbaren Bedarf an Bauingenieuren und Sozialarbeitern/Sozialpädagogen. Aber eine Entscheidung über Standorte und Umfang einer Fachhochschulausbildung in diesen beiden Bereichen sollte vom Land Sachsen erst zu einem späteren Zeitpunkt nach sorgfältiger Prüfung der landesweiten Voraussetzungen und des voraussichtlichen regional differenzierten Absolventenbedarfs getroffen werden. In den Bildungseinrichtungen der Region Mittweida gibt es für diese Fachrichtungen bisher jedenfalls keine hinreichenden Anknüpfungspunkte, die eine Etablierung im Vorgriff auf solche notwendigen Klärungen vertretbar werden ließen. Das gleiche gilt für einen weiteren Fachbereich Kunst/Gestaltung, ist doch ein Einbezug der bisherigen „Fachschule für Angewandte Kunst" in Schneeberg schon allein wegen der Außenstellenproblematik nicht empfehlenswert.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem Land Sachsen, für den Aufbau der Fachhochschule Mittweida eine Errichtungskommission/einen Gründungsausschuß unter Hinzuziehung externer Sachverständiger aus den vorgesehenen Studienrichtungen einzuberufen und mit der Erarbeitung eines detaillierten Konzepts und Aufbauplans zu beauftragen.

II. Fachhochschule Berlin-Ost

II. 1. Ausgangslage

Das ehemalige Ost-Berlin umfaßt mit 1,2 Mio Einwohnern etwa 8% der Bevölkerung der ehemaligen DDR. An den insgesamt sieben Hochschulen der Stadt (einschließlich der drei Kunsthochschulen, ausschließlich der Kirchlichen Hochschulen und Polizeihochschulen) studierten 1989

14% (18292) aller im Direktstudium eingeschriebenen Studierenden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR (130456). Bei einer Gesamtbevölkerung von 3,41 Mio Einwohnern in der vereinten Stadt Berlin und von 4,2 Mio Einwohnern im regionalen Großraum gibt es hier einen deutlichen Mangel an Fachhochschulstudienplätzen.

Im bisherigen West-Berlin waren 1989 an der Technischen Fachhochschule Berlin-Wedding 6594 Studierende auf 4.109 flächenbezogenen Studienplätzen eingeschrieben, an der Fachhochschule für Wirtschaft 1713 auf 931 Studienplätzen, an der Staatlichen Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik 906 Studierende auf 513 flächenbezogenen Studienplätzen und an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik 518 Studierende auf 630 Studienplätzen. Mit einem Anteil von etwa 12% der flächenbezogenen Studienplätze an Fachhochschulen liegt West-Berlin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 17,6%.

Universitäre Studienangebote sind demnach hier überrepräsentiert; dagegen besteht eine Unterversorgung mit Fachhochschulstudienplätzen.

Sowohl die Nachfrage nach einer Fachhochschulausbildung als auch der Bedarf an Absolventen werden infolge der Wiedervereinigung der Stadt Berlin und des sich abzeichnenden einschneidenden Wandels der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur in dieser Metropole und im regionalen Umfeld aller Voraussicht nach stark ansteigen. Daher gibt es im Großraum Berlin einen dringenden Handlungsbedarf zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze in fast allen Studienrichtungen der Fachhochschulen.

Im östlichen Teil der Stadt ist ein Fachhochschulaufbau für technische Fächer aus dem Bestand vorhandener Hochschulen grundsätzlich an zwei Stellen möglich: an der Ingenieurhochschule Berlin-Lichtenberg und an der Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg.

Die Ingenieurhochschule Wartenberg, die 1969 aus dem Landtechnischen Institut der Humboldt-Universität und der Ingenieurschule für Landtechnik Wartenberg hervorgegangen ist, wurde mit Beschluß des Ministerrats der ehemaligen DDR vom 5. 9. 1990 mit Wirkung zum 1. 10. 1990 als Fachbereich für Land- und Kommunaltechnik in die Humboldt-Universität integriert. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die jährlich etwa 225 Studienanfänger in einem achtsemestrigen Studium in drei Fachrichtungen/Sektionen ausgebildet: Mechanisierung der Pflanzenproduktion, Mechanisierung der Tierproduktion, Technologie der Instandsetzung. Darüber hinaus war die Ingenieurhochschule Wartenberg für die technische Ausbildung der Landwirtschafts-Studierenden der Humboldt-Universität zuständig, weil dort weder die ingenieurwissenschaftlichen Grunddisziplinen noch die Landtechnik personell vertreten waren.

In den letzten Jahren ging nach Aussagen der Hochschule nur etwa knapp die Hälfte der Absolventen in landwirtschaftliche Betriebe, der

Rest als spezialisierte Maschinenbauer in die industrielle Produktion und teilweise auch in den Bereich städtischer Ver- und Entsorgung. Die bisherige Ausbildung war von den Bedingungen der DDR-Wirtschaft geprägt, in der Instandhaltung und Reparatur von Maschinen eine zentrale Rolle spielten, hinter die der konstruktive Maschinenbau zurücktreten mußte. Da sich dies unter den neuen Wirtschafts- und Produktionsbedingungen rasch ändern wird, hat die Hochschule bei der Integration in die Humboldt-Universität ihr Ausbildungsprofil verändert. In dem ab Wintersemester 1990/91 angebotenen Studiengang Verfahrenstechnik mit der Studienrichtung Bioingenieurtechnik/Land- und Kommunaltechnik soll eine Ausbildung zum Produktionsingenieur in insgesamt 13 Studienschwerpunkten erfolgen. Die Bedeutung der Landmaschinentechnik wurde deutlich herabgestuft. Diese Konzentration auf Verfahrenstechnik erfolgte nicht zuletzt unter Einwirkung von Interessen der Humboldt-Universität. Nach einem im Dezember 1990 neu vorgelegten Ausbildungskonzept soll nun künftig neben und über der Verfahrenstechnik mit zwei Studienrichtungen, anknüpfend an die bisherige Arbeit der Ingenieurhochschule, ein grundständiger Studiengang Maschinenbau mit den beiden Studienrichtungen Allgemeiner Maschinenbau und Produktionstechnik angeboten werden.

Zum 1. Oktober 1990 waren an dieser Hochschule bzw. an dieser Fakultät 35 Hochschullehrer (13 Professoren, 22 Dozenten), 108 zumeist unbefristet beschäftigte wissenschaftliche Mitarbeiter und 20 Lektoren/Lehrer tätig. Im Direktstudium, auf das 1988 191 Absolventen entfielen, waren 1990 655 Studierende eingeschrieben.

Die Ausbildung erfolgt an zwei Standorten: für die Grundlagenfächer in einem älteren Gutsgebäude mit einigen Anbauten in Wartenberg, für die technischen Fächer auf einem relativ neuen, 3,5 km entfernten und großzügig angelegten Campus in Blankenburg mit zentralen Hörsaalgebäuden und einigen größeren Hallen. Zum Campus gehören ferner noch Studentenwohnheime mit 788 Plätzen und ein Sportplatz. Die derzeit vorhandene Hauptfläche für Lehre und Forschung von ca. 16000 m² (entspricht nicht direkt der Meßzahl „Hauptnutzfläche") erlaubt ein Angebot von ca. 1400 flächenbezogenen Studienplätzen.

Leitung und Angehörige dieser Hochschule bestehen nicht prinzipiell auf einer Fortführung als universitäre Einrichtung. Gegen eine Umwandlung in eine Fachhochschule gibt es allerdings teilweise erhebliche Reserven, die mit der Sorge um die Fortsetzung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, den Fortbestand des Promotionsrechts und der Ausstattung mit wissenschaftlichen Mitarbeitern zusammenhängen. Eine Rolle spielen auch mangelnde Kenntnisse über den Hochschultyp Fachhochschule.

Die im Sommer 1990 neu gewählte Leitung der Ingenieurhochschule Lichtenberg hat dagegen das Fachhochschulkonzept aktiv aufgegriffen und die Umstellung auf eine Fachhochschulausbildung geplant. Zusam-

men mit der Ingenieurschule für Bauwesen Berlin erhielt diese Hochschule im September 1990 vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft der ehemaligen DDR nach der Vorlage eines Konzepts und ausgearbeiteter Studienpläne die Genehmigung, ab dem Wintersemester 1990/91 mit der Ausbildung in Fachhochschulstudiengängen zu beginnen, ohne damit bereits der Rechtsform nach Fachhochschule zu werden. Der Berliner Senat hat das Vorhaben der Errichtung einer zweiten technisch akzentuierten Fachhochschule im Osten der Stadt auf der Grundlage dieses Pilotprojekts grundsätzlich begrüßt und befürwortet. Die Westberliner Technische Fachhochschule Berlin-Wedding hat die Planungen der Ingenieurhochschule Lichtenberg für eine Umstrukturierung in eine Fachhochschule durch fachliche Beratung begleitet und unterstützt.

Die Ingenieurhochschule Lichtenberg erhielt als eine der letzten Ingenieurschulen in der ehemaligen DDR erst im Jahre 1988 den Status einer Hochschule. Als eigenständige Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik ging sie, wie die Ingenieurschule für Bauwesen, aus der 1949 gegründeten „Vereinigten Ingenieurschule von Groß-Berlin" hervor. Im Januar 1990 wurde die Ingenieurschule für Bekleidungstechnik als Sektion Bekleidungstechnik unter Beibehaltung ihres bisherigen Standortes in die Ingenieurhochschule Lichtenberg integriert, und zwar im Kontext einer Wirtschaftsstrukturpolitik der ehemaligen DDR, die eine Stärkung der Bekleidungsindustrie im (Ost) Berliner Raum anstrebte. Zum 1. Oktober 1990 waren an dieser Hochschule insgesamt 280 Lehrkräfte tätig, davon 33 Hochschullehrer (18 Professoren, 15 Dozenten). In den drei Sektionen Maschinenbau, Elektrotechnik und Feinwerktechnik waren 1989 1865 Studierende im Direktstudium eingeschrieben, der größte Teil davon allerdings für die auslaufende Fachschulausbildung und nur 420 für die 1988 neu aufgenommene Hochschulausbildung.

An der Ingenieurschule für Bauwesen waren 1989 insgesamt 572 Studierende in den beiden Ausbildungsbereichen Bauingenieurwesen (428) und Baubetriebswirtschaft/Grundstücks- und Wohnungswirtschaft (142) für ein Direktstudium eingeschrieben. Von den 1989 vorhandenen 94 Lehrkräften waren zum 1. Oktober 1990 nur noch 71 an der Ingenieurschule tätig. Von diesen besaßen 66 einen Hochschulabschluß, 14 waren promoviert. Das Land Berlin hat am 28. 12. 1990 entschieden, die Ingenieurschule nicht fortzuführen, sondern abzuwickeln. Der Wissenschaftsrat hat hierzu nicht Stellung genommen.

Das im August 1990 vorgelegte Gründungskonzept für eine „Fachhochschule für Technik Berlin-Lichtenberg" sieht einschließlich des allein von der Ingenieurschule getragenen Fachbereichs Bauingenieurwesen und eines von beiden Einrichtungen gemeinsam getragenen Fachbereichs Wirtschaftsingenieurwesen eine Ausbildung in zunächst 22 Studiengängen in folgenden zehn Fachbereichen vor:

1. Allgemeine Wissenschaften,
2. Mathematik/Naturwissenschaften,
3. Elektrotechnik,
4. Informationstechnik,
5. Elektronik und Gerätetechnik,
6. Maschinenbau,
7. Automatisierungstechnik,
8. Bauingenieurwesen,
9. Wirtschaftsingenieurwesen,
10. Bekleidungstechnik/Bekleidungsdesign.

Für das Wintersemester 1991/92 ist darüber hinaus die Errichtung eines elften Fachbereichs für Architektur mit den beiden Studiengängen Bauwerksanierung/Denkmalspflege und Stadtplanung vorgesehen. Mit Ausnahme von Wirtschaftsinformatik und Bauingenieurwesen wurde in allen übrigen im Gründungskonzept vorgesehenen Studiengängen bereits zum Wintersemester 1990/91 mit der Fachhochschulausbildung begonnen.

II. 2. Stellungnahme

2.1. Das Vorhaben zur Gründung einer neuen Fachhochschule im östlichen Teil Berlins muß unter Berücksichtigung folgender zwei grundsätzlicher Aspekte bewertet werden:

1. des Bedarfs an und der Versorgung mit Fachhochschulstudienplätzen in den einzelnen Fachrichtungen unter Einbeziehung der Gesamtberliner Hochschullandschaft und der voraussichtlichen Entwicklungen im Land Brandenburg,

2. der materiellen, personellen und fachlichen Voraussetzungen bestehender Bildungseinrichtungen zur Überführung in eine leistungsfähige Fachhochschule.

Die Technische Fachhochschule Berlin-Wedding hat ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Das ist auch die Auffassung der Hochschule. Ein dem Bedarf in Berlin insgesamt entsprechender Studienplatzausbau an diesem Standort würde dazu führen, daß die für eine solche Fachhochschule unter Effizienzkriterien als angemessen anzusehende Größe deutlich überschritten würde. Eine Konzentration der ingenieurwissenschaftlichen Fächer an nur einer Fachhochschule würde auch den Anforderungen eines räumlich ausgewogenen Studienplatzangebots im Ballungszentrum Berlin nicht gerecht. Dem unabweisbaren Bedarf an zusätzlichen Fachhochschulstudienplätzen kann daher am besten durch die Errichtung einer neuen Fachhochschule im östlichen Teil Berlins entsprochen werden, die gleichzeitig den bisherigen Standort Wedding entlasten könnte und sollte. Dies ist auch die Auffassung des Landes Berlin und der Technischen Fachhochschule Berlin-Wedding, die deswe-

gen auch den Neuaufbau einer Technischen Fachhochschule im Osten der Stadt unterstützt.

Eine Verdoppelung der jetzigen Zahl von Studienplätzen an Fachhochschulen (6 183) ist aufgrund der Bevölkerungsgröße Berlins, der direkten Studienplatznachfrage aus der Stadt und der Magnetwirkung der Metropole auf das regionale Umfeld auch ohne eine ansonsten notwendige Abstimmung der Hochschulentwicklungsplanung mit derjenigen des Landes Brandenburg unter Bedarfsgesichtspunkten dringend geboten.

2.2. Das für die neue Fachhochschule Berlin-Ost vorgesehene Fächerspektrum ist prinzipiell bedarfsgerecht.

Die bisherige fachliche Ausrichtung der Ingenieurhochschule Lichtenberg bietet Anknüpfungspunkte für eine Fachhochschulausbildung in den Bereichen Maschinenbau/Fertigungstechnik, Elektrotechnik und Elektronik/Informationstechnik. Ob entsprechende Voraussetzungen auch in der Bekleidungstechnik vorliegen, bedarf einer näheren Prüfung. Insbesondere ist es fraglich, ob die künftige Wirtschaftsstruktur im Großraum Berlin eine solche Ausbildungsrichtung auf Fachhochschulniveau unter Bedarfsaspekten rechtfertigen kann oder ob nicht eine Fortführung als Technikerausbildung angemessener wäre.

Die Ausbildung an der Ingenieurhochschule Lichtenberg besitzt jedoch u.a. wegen einer starken Verschulung, wegen des primär noch auf Fachschulausbildung ausgerichteten Personals und wegen der in vielen Bereichen schlechten Arbeitsbedingungen bisher vielfach nur höheres Fachschulniveau. Die vorhandene Geräteausstattung ist zwar prinzipiell akzeptabel, aber dringend erneuerungs- und ergänzungsbedürftig. Um eine konkurrenzfähige Fachhochschulausbildung in den neuen Studiengängen sicherzustellen, ist daher neben einer gezielten personellen Verstärkung und Neuorientierung einzelner Fachgebiete auf mittlere Sicht eine komplette apparative Neuausstattung erforderlich.

Die bisherige fachliche Ausrichtung und die materiellen Gegebenheiten der Ingenieurhochschule Wartenberg bieten vergleichsweise gute Voraussetzungen für eine Fachhochschulausbildung im Maschinenbauwesen und – in geringerem Maße – in der Verfahrenstechnik. Von der Einbringung dieses Potentials in eine neue Technische Fachhochschule Berlin-Ost sind breitere Grundlagen für eine leistungsfähige Fachhochschulausbildung, eine positiv zu bewertende Ergänzung des Fächerspektrums und wichtige Synergieeffekte zu erwarten.

Eine Fortführung der jetzt begonnenen universitären Ausbildung ist vor allem deshalb nicht empfehlenswert, weil an der Humboldt-Universität keine weiteren ingenieurwissenschaftlichen Fächer vertreten sind, die zu den notwendigen Arrondierungen im Maschi-

nenbau und in der Verfahrenstechnik beitragen könnten. Darüber hinaus wird ein Zusammenschluß der dort vertretenen Agrarwissenschaften, deren technische Komponenten bisher von der Ingenieurhochschule erbracht worden sind, mit denen an der Technischen Universität Berlin erwogen.

Die bisherigen Arbeiten und die gegebenen materiellen Voraussetzungen erlauben dagegen eine sofortige Aufnahme einer Fachhochschulausbildung in den Grundlagen des klassischen Maschinenbaus, für deren Abrundung in geringerem Umfang materielle und personelle Ergänzungen in den Bereichen Kraft- und Arbeitsmaschinen und Automatisierung erforderlich sind. Die vorgesehenen Studienrichtungen (Fahrzeugtechnik, Transport- und Lagertechnik, Produktionstechnik) bilden zudem eine optimale Ergänzung zu der Ausrichtung des Maschinenbaus an der Ingenieurhochschule Lichtenberg (Werkzeugmaschinenbau). Von dort können auch notwendige Beiträge in der Informatik und Automatisierungstechnik erbracht werden. Die Verfahrenstechnik, die bisher durch eine deutliche mechanische Ausrichtung auf den Apparatebau bestimmt ist, bedarf für die beabsichtigte Ausbildung in Umweltverfahrenstechnik dringend einer Erweiterung um Thermische und Chemische Verfahrenstechnik.

Die in den Konzepten der Ingenieurhochschule Lichtenberg mit Stand vom September 1990 vorgesehene Fachbereichs- und Studiengangaufteilung ist problematisch, folgt sie doch der bisher in der DDR üblichen Ausrichtung auf stark spezialisierte Tätigkeitsbereiche in bestimmten Wirtschaftssektoren. Als politisch bedenklich und strukturell verfehlt ist die Einrichtung eines eigenständigen Fachbereichs „Allgemeine Wissenschaften" für Aufgaben im Sinne eines Studium generale in den Bereichen Sport, Sprachen und Sozialwesen zu bewerten. Veranstaltungen im Hochschulsport und zur allgemeinen Fremdsprachenausbildung sollten, wie an westdeutschen Hochschulen üblich, von Service-Einrichtungen der Hochschule angeboten werden.

Nach dem Besuch einer Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates hat die Hochschule im November 1990 eine modifizierte Fachbereichs- und Studienganggliederung vorgelegt. Danach ist ein Zusammenschluß der Fachbereiche Elektrotechnik und Automatisierungstechnik bereits vollzogen worden, ein neuer Fachbereich Informationstechnik und Gerätetechnik geplant und eine Integration der bisher in den Fachbereichen 1 und 2 angesiedelten Fächer und Lehrpersonen in die übrigen Fachbereiche vorgesehen. Aber auch dieses neue Konzept genügt noch nicht den Anforderungen an einen hinreichend breiten, bedarfsgerechten und konkurrenzfähigen Studiengangzuschnitt, sondern ist lediglich als ein erster Schritt dorthin anzusehen. Inwieweit durch die Einbeziehung der Ingenieurhochschule Wartenberg in eine neue Technische Fachhochschule Berlin-Ost eine Veränderung der anzubietenden Studiengänge und Fachberei-

che (z.B. Ergänzung um Verfahrenstechnik) erforderlich wird, ist ebenfalls noch zu prüfen.

2.3. Die Studiengänge Bauingenieurwesen (ab SS 1991 anzubieten), Architektur (ab WS 1991/92 anzubieten) und Betriebswirtschaftslehre sollen nach den Plänen der Hochschule aus den bisherigen Arbeitsrichtungen der Ingenieurschule für Bauwesen entwickelt und von deren Lehrpersonal getragen werden. Für die Studienangebote Wirtschaftsingenieurwesen und Wirtschaftsinformatik ist ein gemeinsamer Betrieb mit Einrichtungen und Lehrpersonal der bisherigen Ingenieurhochschule Lichtenberg vorgesehen.

An zusätzlichen Studienangeboten im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich besteht ein sofortiger großer Bedarf. Für die Aufnahme einer qualitativ hochwertigen Fachhochschulausbildung aus dem Bestand der Ingenieurschule sind jedoch weder die materiellen und personellen Voraussetzungen noch eine hinreichende fachliche Qualifikation gegeben. Auch durch gezielte Einzelmaßnahmen zur Verstärkung der Personaldecke, der fachlichen Kompetenzen und materiellen Grundausstattung ist das erforderliche Niveau nicht zu erreichen, zumal die beabsichtigte Ausrichtung der Wirtschaftsingenieur-Ausbildung auf das Bauwesen für einen solchen Fachhochschulstudiengang zu eng wäre.

Für den Großraum Berlin ist zwar ein weiterer Bedarf an Bauingenieuren und an entsprechenden zusätzlichen Studienplätzen grundsätzlich zu bejahen. Der Entwicklung einer leistungsfähigen Hochschulausbildung aus dem Bestand der Ingenieurschule für Bauwesen steht jedoch die Tatsache entgegen, daß es dort an den dafür erforderlichen baulichen und apparativen Voraussetzungen fehlt. In Anbetracht der in der Einleitung dargelegten generellen Überlegungen zur Personalstruktur und Ausbildungssituation an Ingenieurschulen sollte von einer generellen Überleitung des Personals dieser Ingenieurschule ohnehin abgesehen werden. Gegen eine Weiterführung der bereits angelaufenen Fachhochschulausbildung im Bauingenieurwesen spricht, daß die Ausbildung der Studierenden durch (neu zu berufendes) qualifiziertes Personal und die materiellen Bedingungen für eine konkurrenzfähige Fachhochschulausbildung (z. B. Baustofflabors) nicht gesichert sind. Im Interesse eines raschen Starts könnten vorübergehend die Gebäude der Ingenieurschule für Bauwesen genutzt werden, sofern durch Kooperation mit anderen Einrichtungen wie der bestehenden Technischen Fachhochschule (Wedding) und durch Lehrbeauftragte eine entsprechende personelle Betreuung gewährleistet ist. Allerdings setzt ein solches Vorgehen beträchtliche bauliche Instandsetzungsarbeiten und Investitionen in die Geräteausstattung voraus. Darüber hinaus bedarf das geplante Studienmodell noch einer stärkeren Akzentuierung in Richtung auf ein typisches Fachhochschulprofil.

Sowohl unter Bedarfsgesichtspunkten als auch in Ansehung der vorliegenden Voraussetzungen ist ferner auch der Aufbau eines Studiengangs Architektur aus dem Bereich der jetzigen Ingenieurschule für Bauwesen nicht zu vertreten. Zwar besteht wegen der erheblichen Rekonstruktionserfordernisse im östlichen Teil Deutschlands und Berlins prinzipiell ein Bedarf an Architekten, insbesondere an solchen mit einer Fachhochschulausbildung. Andererseits aber fehlt für den geplanten neuen Studiengang bisher noch ein schlüssiges Konzept, und Architekten werden in Berlin bereits an der Technischen Universität, an der Hochschule der Künste, an der Technischen Fachhochschule und in geringer Zahl an der Kunsthochschule Berlin im Osten der Stadt ausgebildet. Zur Befriedigung eines dringenden Absolventenbedarfs sollte daher zunächst ein Kapazitätsausbau am Standort Wedding vorgenommen werden. Der Aufbau neuer Studiengänge im Fach Architektur an weiteren Standorten sollte jedenfalls nicht ohne eine grundsätzliche Entscheidung über Art und Umfang entsprechender Ausbildungskapazitäten im Großraum Berlin/Brandenburg erfolgen.

2.4. Ohne Berücksichtigung der Ingenieurhochschule Wartenberg verteilen sich die Fachbereiche der Hochschule einschließlich der Ingenieurschule für Bauwesen auf sechs teilweise weit auseinander liegende Standorte. Das Hauptgebäude der Ingenieurhochschule Lichtenberg in der Marktstraße und das Gebäude der Ingenieurschule in der Straßmannstraße sind alte Schulen, deren Grundsubstanz als nicht schlecht, aber sanierungsbedürftig beurteilt wird. Für den Fachbereich Maschinenbau/Automatisierungstechnik der Ingenieurhochschule Lichtenberg, der bislang in Baracken und einem älteren, in Plattenbauweise errichteten zweistöckigen Gebäude in der Hauptstraße untergebracht ist, wird dagegen aufgrund des miserablen Zustands und der Enge dieser Gebäude ein kompletter Neubau oder eine anderweitige Unterbringung erforderlich werden.

Aufgrund der Zahl, des Zustands und der Auslegung der vorhandenen Gebäude, der Wohnheime, Sportanlagen und Erweiterungsmöglichkeiten bietet sich der Campus Blankenburg der Ingenieurhochschule Wartenberg als geeigneter künftiger Standort der Technischen Fachhochschule Berlin-Ost an. Auf den Einbezug der kleinen, alten, wesentlich schlechter ausgestatteten und renovierungsbedürftigen Gebäude in Wartenberg sollte allerdings verzichtet und statt dessen die bisher dort geleistete Grundlagenausbildung nach Blankenburg verlagert werden, wofür hier gegebenenfalls bauliche Erweiterungen vorzusehen sind.

II. 3. Zusammenfassende Empfehlungen

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, in Berlin aus dem Bestand der Ingenieurhochschulen Lichtenberg und Wartenberg gegebenenfalls unter Einbeziehung der Abteilung Bauwesen der Ingenieurschule für Bauwesen eine neue Technische Fachhochschule zu errichten. Ihr Aufbau soll dabei unter Berücksichtigung der „Empfehlungen zur Bildung von

Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Berlin" erfolgen.

Da dem Aufbau dieser Fachhochschule für die weitere Hochschulentwicklung in den neuen Bundesländern Signalcharakter zukommt, muß gewährleistet werden, daß sie in Ausstattung und Ausbildungsniveau für Studienbewerber attraktiv und mit der bestehenden Technischen Fachhochschule Berlin-Wedding möglichst rasch konkurrenzfähig wird. Nur so läßt sich der von dieser Errichtung erwartete Entlastungseffekt realisieren. Von einer generellen Überleitung des vorhandenen Personals ist nicht zuletzt wegen des nach wie vor fachschulischen Charakters der Ausbildung an der Ingenieurhochschule Lichtenberg und einem eventuellen Einbezug der Ingenieurschule für Bauwesen abzusehen. Die Definition der Lehrgebiete für die Professorenstellen der neuen Technischen Fachhochschule sollte sich an der Struktur der Studiengänge ausrichten.

Die neue Fachhochschule soll nach Ansicht des Wissenschaftsrates in der *ersten Aufbaustufe* neben den aus den bisherigen Ingenieurhochschulen zu entwickelnden ingenieurwissenschaftlichen Kernfächern Maschinenbau und Elektrotechnik Studienangebote im Bereich der Informationstechnik sowie der Verfahrenstechnik umfassen. Dieses Fächerspektrum ist hinreichend breit, um eine wünschenswerte Vernetzung in der ingenieurwissenschaftlichen Grundlagenausbildung zu ermöglichen, und trägt dem Bedarf des Wirtschaftsraumes Groß-Berlin angemessen Rechnung. Darüber hinaus wird unter den in Ziffer 2.2. dargelegten Voraussetzungen die Aufnahme einer Fachhochschulausbildung im Bauingenieurwesen im Gebäude der bisherigen Ingenieurschule für Bauwesen für möglich gehalten. Solange diese Voraussetzungen nicht gewährleistet werden können, empfiehlt der Wissenschaftsrat dem Land, für dieses Fach einen Aufnahmestopp zu verhängen und die bereits eingeschriebenen Studierenden an die Technische Fachhochschule Wedding zu überführen.

Generell bedarf das gemeinsam von der Ingenieurhochschule Lichtenberg und der Ingenieurschule für Bauwesen vorgelegte Studiengang- und Fachbereichskonzept einer Überarbeitung in Richtung einer deutlich geringeren Ausdifferenzierung spezieller Ausbildungsrichtungen und breiter angelegter Studiengänge.

Vor der Aufnahme einer Fachhochschulausbildung in Bekleidungstechnik, für welche ähnlich wie im Bauingenieurwesen die notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen erst noch zu schaffen sind, sollte der Bedarf an Absolventen dieser Fachrichtung geprüft werden. Eine ähnliche Abwägung des Absolventenbedarfs unter Ansehung der bisher im Großraum Berlin/Brandenburg vorhandenen Ausbildungskapazitäten wäre für einen Studiengang Architektur an dieser neuen Fachhochschule vorzunehmen.

Vordringlich ist demgegenüber die Schaffung neuer Studienplätze im Fachhochschulbereich für die Ausbildung von Betriebswirten, Wirtschaftsingenieuren und Wirtschaftsinformatikern. Nach Ansicht des

Wissenschaftsrates ist der Aufbau eines neuen Fachbereichs Wirtschaft an der Technischen Fachhochschule Berlin-Ost der möglichen Alternative einer Errichtung einer weiteren Spezialfachhochschule vorzuziehen. Insbesondere bietet eine Integration des Faches Wirtschaftswissenschaften in die neue Technische Fachhochschule bessere Voraussetzungen für die Ausbildung von Wirtschaftsingenieuren und Wirtschaftsinformatikern.

Ein Aufbau der Wirtschaftswissenschaften aus dem Bereich der jetzigen Ingenieurschule für Bauwesen und der Ingenieurhochschule Lichtenberg kann jedoch nicht befürwortet werden, da für eine qualifizierte Ausbildung auf Fachhochschulniveau dort fast sämtliche Voraussetzungen fehlen. In beiden Fällen müßte daher ein kompletter personeller und materieller Neuaufbau erfolgen.

Unter Bedarfsüberlegungen hält der Wissenschaftsrat ferner auch die Schaffung von Ausbildungskapazitäten im Bereich Kunst/Gestaltung/Design an der neuen Technischen Fachhochschule Berlin-Ost für sinnvoll, da es im Großraum Berlin-Brandenburg bislang noch keinerlei entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten an Fachhochschulen gibt.

Eine Empfehlung zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze im Bereich Sozialwesen/Sozialpädagogik über den vorhandenen Bestand in Berlin (Staatliche Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Evangelische Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Katholische Fachhochschule Berlin) hinaus behält sich der Wissenschaftsrat für einen späteren Zeitpunkt vor. Hier besteht wie auch im Fall der Etablierung agrar- und ernährungswissenschaftlicher Fachhochschulstudiengänge die dringende Notwendigkeit, den grundsätzlich anzuerkennenden Bedarf an solchen Ausbildungsrichtungen in Ansehung vorhandener Kapazitäten unter Abwägung von Standortalternativen mit dem Land Brandenburg abzustimmen. Eine solche Abstimmung empfiehlt der Wissenschaftsrat dem Land Berlin generell bei jeder künftigen Erweiterung des Fächerspektrums der neuen Technischen Fachhochschule Berlin-Ost.

Raumkapazitäten und baulicher Zustand der vorhandenen Gebäude der Ingenieurhochschule Lichtenberg und der Ingenieurschule für Bauwesen erfordern eine gründliche Sanierung und bauliche Erweiterung. Wegen der dort weitaus besseren baulichen Voraussetzungen und guten Erweiterungsmöglichkeiten empfiehlt der Wissenschaftsrat, auf längere Sicht alle Fachbereiche und Studiengänge der neuen Technischen Fachhochschule Berlin-Ost in Blankenburg zu konzentrieren. Mittelfristig können die Standorte Lichtenberg und Blankenburg parallel betrieben werden, doch der gesamte Maschinenbau sollte schon kurzfristig in Blankenburg angesiedelt werden. Der dafür ansonsten notwendige Neubau in Lichtenberg wird damit überflüssig; statt dessen sollten zur angemessenen Unterbringung des Maschinenbaus kleinere bauliche Erweiterungen in Blankenburg vorgenommen werden. Diese Lösung setzt jedoch voraus, daß sämtliche Gebäude, Einrichtungen, Gelände und –

von kleineren Ausnahmen in der speziellen Agrartechnik vielleicht abgesehen – Arbeitsbereiche in Blankenburg der neuen Fachhochschule erhalten bleiben. Auf dem Campus Blankenburg müssen darüber hinaus schon recht bald für die ingenieurwissenschaftliche Grundlagenausbildung notwendige Laborplätze geschaffen und eine Bibliothek und Mensa gebaut werden, die es dort bislang noch nicht gibt.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt dem Land Berlin, für den Aufbau der Technischen Fachhochschule Berlin-Ost eine Errichtungskommission/einen Gründungsausschuß unter Hinzuziehung externer Sachverständiger aus den vorgesehenen Studienrichtungen einzuberufen und diese mit der Erarbeitung eines detaillierten Konzepts und Aufbauplans zu beauftragen.